

## MEDIENKONFERENZ VOM 22.4.2010

---

Paul Rechsteiner, SGB Präsident

### Finanzplatzstrategie

#### Grundsätze und Forderungen aus Sicht der Arbeitnehmenden

Der Schweizer Finanzplatz war und ist von der Finanzkrise, ihren Ursachen und Folgen in besonderer Weise betroffen. Dies gilt für die Arbeitsplätze in der Branche genauso wie für die Volkswirtschaft und das Verhältnis zum Staat. Wir stehen nun vor einer entscheidenden Phase, in der sich zeigen wird, ob die Konsequenzen aus der Krise gezogen werden oder ob, mit potenzierten Risiken, letztlich alles weiter geht wie zuvor – oder gar noch schlimmer.

Aus Sicht der Arbeitnehmenden ergeben sich deshalb für die bevorstehenden Weichenstellungen im Zusammenhang mit dem Finanzplatz ein paar elementare Forderungen.

Erstens braucht es, damit die richtigen Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden können, zunächst eine ungeschönte und rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge und Missbräuche, die in die Krise geführt haben. Wie der amerikanische Philosoph George Santayana formulierte, ist, wer nicht bereit ist, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, dazu verurteilt, sie zu wiederholen. Die Verweigerung der Decharge durch die UBS-Aktionäre für das Jahr 2007 ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Viel wichtiger ist aber die Einsetzung einer PUK in der Sommersession des Parlaments. Nur eine parlamentarische Untersuchungskommission verfügt über die nötigen Mittel, die Vorgänge aufzuklären, welche die Krise und die notrechtlichen Interventionen verursacht haben. Nur eine PUK wird auch die politischen und wirtschaftspolitischen Fragen beantworten können, die sich in diesem Zusammenhang stellen. Die Beantwortung der entscheidenden Fragen kann jedenfalls nicht den Organen der UBS überlassen werden. Schaffen es die grossbankennahen Kreise im Juni im Parlament erneut, die Einsetzung einer PUK zu hintertreiben, fügen sie dem Staat und der Volkswirtschaft Schweiz einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zu.

Zweitens müssen die politischen Entscheide auf das Ziel eines stabilen, langfristig orientierten und nachhaltigen Finanzplatzes ausgerichtet werden, der mit den volkswirtschaftlichen Interessen der Schweiz nicht kollidiert, sondern diese ergänzt. Dafür braucht es Massnahmen zunächst auf der Stufe der Finanzinstitute, insbesondere der Grossbanken. Neue Eigenmittelvorschriften müssen dafür sorgen, dass die Risiken eingegrenzt und wieder von den Aktionären getragen werden. Die neuen Massnahmen müssen auch gegen den Widerstand der Spitzen der Grossbanken durchgesetzt werden. Nur auf der Stufe der Finanzkonzerne zu handeln, genügt jedoch nicht. Es müssen die nötigen gesetzlichen Massnahmen eingeleitet werden, die verhindern, dass sich die Praktiken wiederholen, die das Finanzsystem beinahe in Grund und Boden gefahren hätten. Dazu gehört ein Verbot jener

derivativen Finanzinstrumente, welche zu „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ (Warren Buffett) geworden sind. Wenn es für Medikamente strenge Zulassungsbedingungen gibt, muss dies wegen ihrer potenziell schädlichen Wirkung mindestens so sehr auch für neue Finanzprodukte gelten. Die Schweiz muss solche Regulierungen unterstützen statt sie zu sabotieren.

Zur langfristigen und nachhaltigen Orientierung gehört auch ein Finanzplatz, der nicht länger auf Steuerhinterziehung und Schwarzgelder setzt. Die Probleme im Uebergang werden sich umso besser bewältigen lassen, je früher dieses Ziel verbindlich formuliert und in Angriff genommen wird.

Drittens braucht es Massnahmen gegen die Lohnexzesse bei den grossen Konzernen, insbesondere den Grossbanken. Die Profite, welche diese im letzten Jahr wieder generierten, sind ausschliesslich die Folge der gigantischen Staatsinterventionen zur Rettung des Finanzsektors. Umso gravierender ist es, wenn die Spitzen der Grossbanken, Verluste hin oder her, jetzt wieder abkassieren wie nie zuvor. Dass dies offenbar noch immer mit Billigung der Finma geschieht, macht die Sache nicht besser. Massnahmen gegen die Exzesse an der Spitze der Grossbanken liegen nicht nur im Interesse der Demokratie und der Volkswirtschaft, sondern auch in jenem des Grossteils der Beschäftigten im Finanzsektor, die an diesen Praktiken ihrer obersten Chefs leiden.

Gegen die Exzesse der Manager sind in erster Linie fiskalische Massnahmen einzusetzen, welche die unverdienten Extraprofite auf Kosten der Allgemeinheit abschöpfen. Weil die Boni-Kultur erwiesenermassen die Risiken treibt, sind zudem Massnahmen auf der Stufe der Aufsicht nötig, welche eine Rückkehr zu angemessenen Fixlöhnen ohne Boni erzwingen. Manager, die ihre Geschäftspolitik an hohen Boni in die eigene Tasche ausrichten, sind ein Systemrisiko.

Viertens muss dafür gesorgt werden, dass bei den grossen Veränderungsprozessen, die im Finanzsektor im Gange sind und noch bevorstehen, die Beschäftigten einbezogen werden. Die Banken bestehen nicht einfach aus Managern, welche in hohem Masse Eigeninteressen verfolgen. Viele Angestellte verrichten auch unter schwierigen Bedingungen anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Eine nachhaltige und langfristig orientierte Finanzplatzstrategie liegt in ihrem Interesse. Damit diese Veränderungsprozesse in einem positiven Sinne gelingen, müssen das Personal und ihre Vertretungen in die Strategieüberlegungen einbezogen werden. Eine Voraussetzung dafür ist auch eine Sozialpartnerschaft, die diesen Namen verdient, und insbesondere der Respekt vor dem Gesamtarbeitsvertrag.

Die bevorstehenden strategischen Entscheide über den Finanzplatz haben eine enorme Tragweite, die weit über den Finanzsektor hinausreicht. Es sind in erster Linie politische Entscheide. Dabei gilt, dass auch Nicht-Entscheide Entscheide sind, nämlich der Entscheid dafür, die Dinge treiben zu lassen und die Entwicklungen letztlich jenen zu überlassen, welche das Finanzsystem beinahe in den Kollaps geführt hätten. Das aber wäre volkswirtschaftlich und demokratiepolitisch verantwortungslos.